Gegen Planung von oben herab

Trotz Sanierung soll die Birsfelder Ortsdurchfahrt eine Verkehrsschneise bleiben. Die Kritiker bleiben hartnäckig.

Michel Ecklin

78 Millionen Franken will der Kanton für die Sanierung der Birsfelder Ortsdurchfahrt ausgeben. In der Landratsvorlage schreibt die Regierung, das Projekt habe «die volle Unterstützung der Gemeinde Birsfelden», auch wenn man nicht alle Anliegen habe berücksichtigen können. Das stimmt, wenn man unter «Gemeinde» nur den Gemeinderat versteht. Der hat sich hinter das Projekt gestellt, wenn auch ohne Begeisterung.

Unzufrieden ist nämlich die IG Ortsdurchfahrt. Diese ist der Meinung, der Kanton habe fast keines ihrer Anliegen berücksichtigt. Die lose Gruppe wünscht sich ein städtebauliches Projekt und nicht ein hauptsächlich autoorientiertes, wie das der Kanton jetzt vorhabe.

Auf der Ortsdurchfahrt sollen Tram, Autos, Velos und zu Fuss Gehende Platz finden. Visualisierung: zvg

Audienz bei der Landratskommission

«Wir haben mehrfach mit der Gemeinde, dem Tiefbauamt, dem Baudirektor Isaac Reber und dem Kantonsingenieur geredet», sagt Roland Schacher von der IG, der vor 20 Jahren Birsfelder Bauverwalter war. Derzeit bringe die Sanierung niemandem was. «Es sollten doch alle einen Mehrwert haben, wenn man schon so viel Geld in die Hand nimmt.»

Doch das war vergeblich, der Kanton hat sein Projekt fast unverändert durchgezogen. Daran änderte auch eine Petition mit mehreren hundert Unterschriften nichts. «Wir kämpfen weiter, konstruktiv, aber hartnäckig», sagt jetzt Nicolas Zeuggin, auch er engagiert in der IG.

Bestärkt durch die 64 Prozent aus Birsfelden zum Rheintunnel, schlägt er einen «Marschhalt» vor. Es sei «die Mobilität samt Städtebau in ganz Birsfelden gesamtheitlich neu zu überdenken», es brauche «neue offene Prozesse». Er wünscht sich «eine aktive Steuerungsgruppe von Birsfelderinnen und Birsfeldern, Mobilitätsspezialisten, Städtebauerinnen und Städtebauern sowie Gemeinderat».

Deshalb will die IG den Landrat dazu bringen, die Vorlage zurückzuweisen. «Wir haben die Zusage, nochmals in der landrätlichen Bau- und Planungskommission vorsprechen zu dürfen», sagt er. Auch mit den Birsfelder Landräten Simon Oberbeck (Mitte) und Désirée Jaun (SP) will man reden. Pikanterweise sitzen beide im Birsfelder Gemeinderat.

Ein weiterer Hebel könnte die Gemeindeversammlung sein. Diese soll von den Gesamtkosten knapp eine Million Franken seitens der Gemeinde genehmigen. Dort ein Nein zu erwirken, ist für die IG aber heikel: Einerseits würde dann der Kanton sein Projekt durchziehen, ohne die mit dem Birsfelder Beitrag finanzierten Sonderwünsche, also etwa ohne Bäume und Sitzbänke. «Das wäre natürlich unschön», sagt Schacher.

> «Wir müssen uns überlegen, wie wir die Meinung Birsfeldens kantonsweit verbreiten können.»
>
> **Roland Schacher**
> IG Ortsdurchfahrt

Handkehrum wäre ein Nein der Gemeindeversammlung ein Zeichen, dass Birsfelden das vorliegende Projekt nicht goutiert. Denn nach einem Ja des Landrats müsse man sich ein Referendum überlegen, sagt Schacher. Und Bauprojekte des Kantons haben beim Baselbieter Stimmvolk keine Chance, wenn sie vor Ort nicht erwünscht sind. Beispiele dafür sind die Langmattstrasse in Oberwil oder die Tramverlängerung in Pratteln.

«Wir werden uns sicher überlegen müssen, wie wir die Meinung Birsfeldens kantonsweit verbreiten können», sagt Schacher.

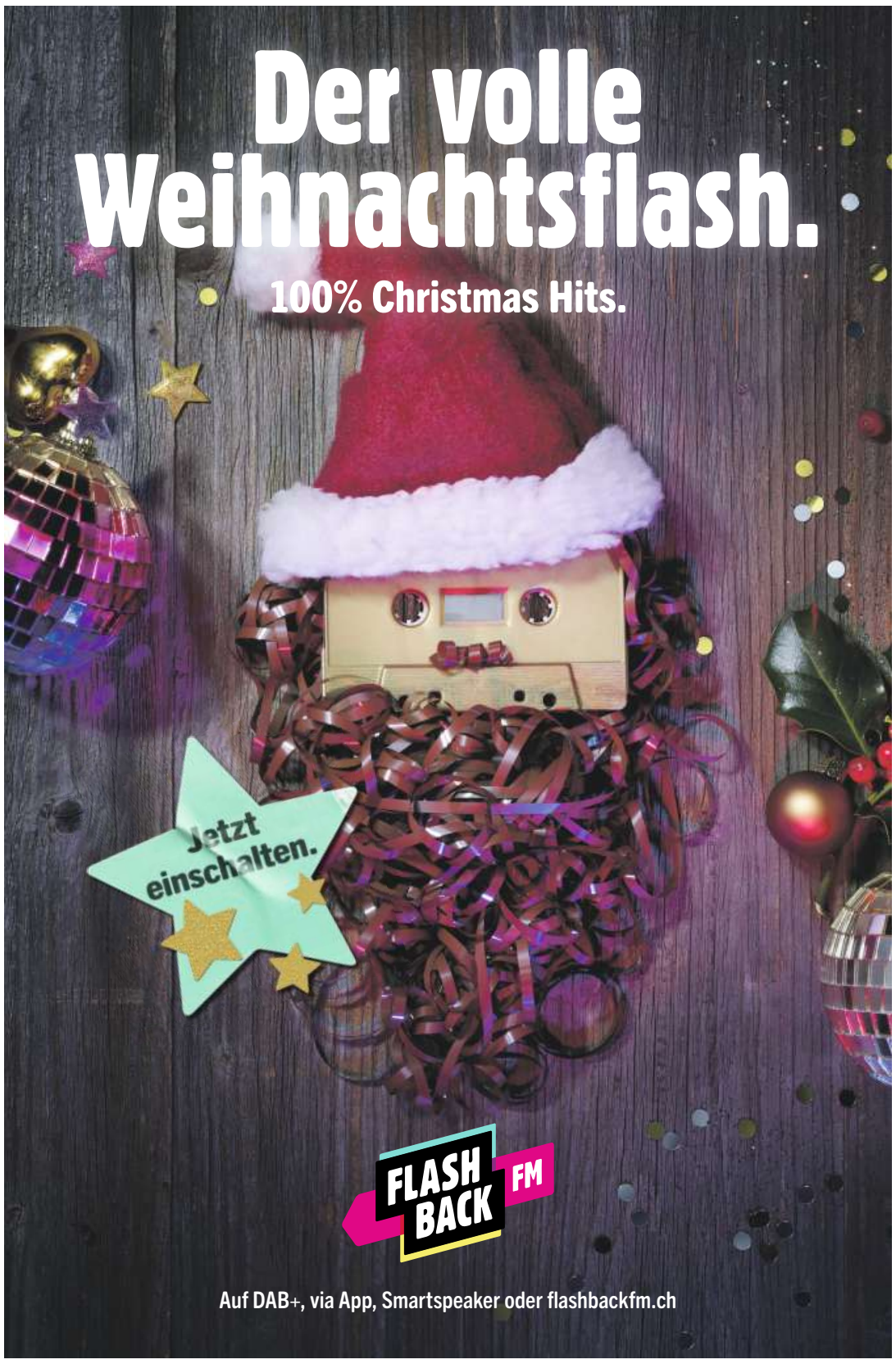
Nicht ganz so kritisch ist der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS). Geschäftsführer der Sektion beider Basel ist Florian Schreier, und der sitzt für die SP im Birsfelder Gemeinderat. Der Kanton habe noch nie ein solches Projekt umgesetzt, sagt er, «aber andere Kantone sind da schon viel weiter». Das Birsfelder Projekt hält er deshalb für «sicher besser als jetzt, aber nicht speziell gut».

Referendum ist «Ultima Ratio»

Er erinnert daran, dass die Lärmgrenzwerte immer noch überschritten würden. Unter anderem deshalb hat der Gemeinderat für die ganze Ortsdurchfahrt Tempo 30 beantragt. Der Kanton schliesst das nicht aus, trennt die Frage aber vom Sanierungsprojekt. Laut Schreier wird der VCS darauf pochen, dass Tempo 30 verbindlicher Teil des Projekts wird. Ein Referendum plant der VCS allerdings nicht.

Eine kantonale Abstimmung anzustreben, bleibt auch für Zeuggin «Ultima Ratio», wie er sagt. Seine Hoffnung liegt woanders. Das vorliegende Projekt wurde unter dem Kantonsingenieur Drangu Sehu aufgegleist. Der galt als ausgesprochen autoaffin. Nach einer längeren Vakanz übernimmt im Juni 2025 Stephanie von Samson das Amt. «Sie kommt mehr von der umfassenden Mobilität her, weniger nur vom Autoverkehr», sagt Zeuggin. «Das stimmt mich positiv.»

ANZEIGE



Deutsch auf dem Prüfstand

Ab Januar starten im Kanton Baselland Sprachtests für Kinder.

Anna-Lena Lauber

Ab Januar 2025 findet im Kanton Baselland einmal jährlich eine Sprachstanderhebung statt. Wie der Kanton am Montag mitteilte, werden alle Eltern angeschrieben, deren Kinder im darauffolgenden Jahr, also im August 2026, in den Kindergarten eintreten. Die Eltern seien dazu verpflichtet, einen Fragebogen auszufüllen, um den Sprachstand ihres Kindes zu ermitteln.

Der Hintergrund: Per 1. September hat der Kanton Baselland ein Sprachfördergesetz eingeführt, um die Sprachförderkompetenzen aller Kinder zu fördern und somit deren spätere Bildungs- und Integrationserfolge zu verbessern. Dessen Ziel sei es, insbesondere Kinder aus mehrsprachigen Familien frühzeitig zu unterstützen, damit Sprachbarrieren nicht zu Hürden in der schulischen und sozialen Entwicklung werden.

Kinder und deren Eltern sollen dabei durch «gezielte Angebote und unterstützende Programme» aktiv in den Sprachförderungsprozess eingebunden werden. Sei es etwa durch Vorlesen, Gespräche oder das gemeinsame Entdecken der deutschen Sprache. Denn, so heisst es auf der Website des Kantons zur frühen Förderung: «Am effektivsten erlernen Kinder die Sprache, wenn sie im Alltag zahlreiche Gespräche mit Erwachsenen und anderen Kindern führen.» Die Gemeinden würden dabei selbst über ihre Sprachförderangebote entscheiden.

Orientierungshilfe statt Bewertung

Gemäss Mitteilung startet die Erhebung in der zweiten Januarwoche. Die Eltern hätten dann bis Ende Januar Zeit, den Fragebogen, welcher von der Universität Basel konzipiert und evaluiert wurde, zu beantworten. Bei sprachlichen Schwierigkeiten werden laut Kanton interkulturelle Vermittelnde des Hilfswerks der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (Heks) zur Verfügung stehen.

Der Kanton weist darauf hin, dass die Erhebung keine Bewertung darstellt. Vielmehr würden die Tests den Eltern und Gemeinden als Orientierungshilfe dienen. So könne der Sprachförderbedarf rechtzeitig erkannt werden. Das Alter der Kinder spielt dabei eine wichtige Rolle: «Beim Eintritt in den Kindergarten sind die Unterschiede in den motorischen, sprachlichen, kognitiven, sozialen und emotionalen Kompetenzen der Kinder riesig. Rückstände können erfahrungsgemäss während der ganzen Schulzeit kaum mehr aufgeholt werden».

Basel-Stadt setzt seit einigen Jahren auf eine obligatorische Sprachstanderhebung bei allen Familien mit Kindern im Vorschulalter. Weisen die Kinder nicht ausreichende Kenntnisse in der Schulsprache auf, müssen sie an drei Halbtagen die Woche eine kostenlose Spielgruppe mit Sprachförderung besuchen. Auf diesem Weg erreicht Basel-Stadt auch die meisten Kinder mit anderen Entwicklungsrückständen.